|  |  |
| --- | --- |
| **Antworten auf die Wahlprüfsteine für die Brot für die Welt Jugend anlässlich der Europawahl 2024** | **http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Bilder/Webbanner/Logos/Gruene_Logo_grau_schwarzweisspositiv.jpg** |

**Frage 1**  
**Für Asylsuchende ist Erwerbsarbeit ein wichtiger Schritt der gesellschaftlichen Integration. Wie können Asylsuchende schneller und erfolgreicher in bezahlte Arbeit vermittelt werden? Wie will Ihre Partei die Integration von Asylsuchenden in der EU insgesamt verbessern?**

Geflüchtete brauchen von Anfang an einfachen Zugang zu Sprach-und Integrationskursen. Es ist ein großes Problem, dass Menschen viele Monate lang auf Sprachkurse warten müssen und zum Nichtstun verdammt sind. Geflüchtete Menschen sollen so schnell wie möglich arbeiten dürfen. Damit das funktioniert, braucht es auch eine bessere Unterstützung der Kommunen. Daher fordern wir auch den Ausbau des Asyl-, Migrations-, und Integrationsfonds (AMIF), damit können in den Kommunen resilientere Strukturen geschaffen werden und langfristig eine vernünftige Versorgungs- und Integrationsstruktur aufgebaut werden. Europaweit wollen wir eine verbindliche und gerechte Verteilung. Dabei müssen auch die Bedürfnisse der Menschen (Familienbezüge, Sprachkenntnisse oder Berufsabschlüsse) sowie die vorhandenen Kapazitäten in den Kommunen besser beachtet werden.

**Frage 2**   
**Möchte Ihre Partei an der Praxis festhalten, Asylsuchende aus sogenannten sicheren Herkunftsländern an den europäischen Außengrenzen in Lagern unterzubringen, bis über ihren Asylantrag entschieden ist?**

Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Menschenrecht auf Asyl garantiert sowie die humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen wie die UN-Flüchtlingskonvention einhält. Von diesem Ziel sind wir momentan weit entfernt. Wir setzen uns im Europaparlament dafür ein, dass Geflüchtete an den Außengrenzen rasch registriert, angemessen versorgt und menschenwürdig untergebracht werden. Dazu zählt auch, dass keine weiteren großen Haftlager wie Mora an den Außengrenzen entstehen, die die Würde und Rechte von Schutzsuchenden verletzen. Jeder Asylsuchende hat das Recht auf ein faires und rechtsstaatliches Verfahren. Wir haben uns im Rahmen der Verhandlungen zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) dafür eingesetzt, dass insbesondere Familien und Kinder aus den Grenzverfahren grundsätzlich ausgenommen werden. Leider gab es dafür weder im Europaparlament noch im Rat eine Mehrheit. In der Umsetzung von GEAS werden wir darauf drängen, dass insbesondere vulnerable Menschen wirksam geschützt werden.

**Frage 3**   
**Wie steht Ihre Partei zu den EU-Geldern, welche im Rahmen von „Migrationspartnerschaften“ an autoritäre Regierungen im Nahen Osten und Nordafrika ausgezahlt werden, um Flüchtlinge - bei Missachtung der Genfer Flüchtlingskonvention - an der Einreise in die EU zu hindern?**

Es ist ein Irrweg, autoritären Staaten Geld dafür zu geben, dass sie Menschen von der Flucht abhalten. Das erzeugt zusätzliches Leid, Fluchtursachen und stabilisiert autokratische Verhältnisse, statt demokratische Prinzipien zu stärken. Der Abschluss von Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten muss grundsätzlich Menschenrechte schützen und dabei selbstverständlich die Genfer Flüchtlingskonvention achten. In diesem Zusammenhang gezahlte Gelder benötigen eine besonders aufmerksame parlamentarische Kontrolle. Die Zusammenarbeit mit Drittstaaten sollte partnerschaftlich und auf gleicher Augenhöhe erfolgen. Wir GRÜNE setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass entwicklungspolitische Gelder nicht an eine Kooperation im Migrationsbereich geknüpft werden. Migrationsabkommen sind sinnvoll, wenn sie darauf abzielen, Fluchtursachen zu bekämpfen, der Bevölkerung Perspektiven zu bieten und die Zivilgesellschaft zu fördern. Gleichzeitig können sie einen Beitrag zu sicheren und geordneten Verfahren für die Mobilität von Menschen leisten und damit auch zur Fachkräftesicherung beitragen.

**Frage 4**   
**Wie beabsichtigt Ihre Partei, den Tierschutz in Europa zu fördern? Setzen Sie sich dafür ein, dass EU-Fonds für Naturschutzmaßnahmen (v.a. ELER) finanziell deutlich besser ausgestattet werden?**

Die EU hinkt beim Tierschutz dramatisch hinterher. Die Kommission muss dringend die versprochenen Vorschläge für Gesetze zur Tierhaltungskennzeichnung und zum Tierwohl von Nutztieren vorlegen. Tiere sind kein Transportgut! Wir setzen uns für deutlich kürzere Transporte ein und dafür, dass Fleisch statt lebende Tiere transportiert werden. Tierschutzförderungen wollen wir verpflichtend in den Strategieplänen der Mitgliedstaaten verankern und den Einsatz von Tierversuchen für Kosmetik wollen wir beenden. Wir brauchen eine grundsätzliche Reform der EU-Agrarpolitik, die das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellt. Dazu gehört auch, dass der ELER-Fonds besser ausgestaltet wird und die Förderung der Wiederherstellung, Verbesserung und Erhaltung der mit der Land- und Forstwirtschaft verbundenen Ökosysteme absolut gestärkt wird. Insgesamt sollte der ELER viel mehr als bislang grundlegende Dienstleistungen in ländlichen Gebieten unterstützen.

**Frage 5**   
**Das Lieferkettengesetz soll die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in den Lieferketten europäischer Unternehmen regeln. Was werden Sie für eine wirksame Umsetzung und eine Ausweitung des Geltungsbereiches des Gesetzes tun?**

Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten Handelspolitik Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Ambitionierte europäische Gesetze zur Regulierung der Lieferketten und ihre nationale Umsetzung sind ein wichtiger Hebel, um diese Ziele zu erreichen und nicht nur die unmittelbaren Zulieferer, sondern die gesamte Lieferkette abzudecken. So haben wir GRÜNE schon lange für ein strenges EU-Lieferkettengesetz gekämpft und werden nun darauf achten, dass wir die neue europäische Lieferketten-Richtlinie in nationales Recht umsetzen und, wo nötig, nationale Vorgaben anpassen. Aber auch das Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit und das Gesetz für entwaldungsfreie Lieferketten sind wichtige Puzzlestücke für eine gerechte Globalisierung, die nicht auf die Kosten von Mensch und Umwelt geht.

**Frage 6**   
**Eine internationale Bahnreise zu buchen, ist noch immer kompliziert und Fahrgastrechte wie die Garantie des Anschlusszuges gelten nicht für die Gesamtstrecke. Wie werden Sie zuverlässigen Schienenverkehr fördern? Setzen Sie sich z.B. für eine europäische Buchungsplattform ein?**

Was beim Buchen von Flügen selbstverständlich ist, soll künftig auch für alle Zugreisen in Europa Standard sein. Wir setzen uns für die Einführung eines anbieterübergreifenden Ticketing-Systems ein, das den Buchungsplattformen ermöglicht, durchgehende, grenzüberschreitende Tickets inklusive Sharing-Optionen und Unterstützung beim Ein- und Aussteigen für jedermann anzubieten. Fahrgäste sollen klare und transparente Informationen über Kosten, Reisezeiten, Barrierefreiheit und Umweltauswirkungen erhalten, um die für sie optimale Reiseoption auswählen zu können. Damit Europa auf der Schiene zusammenrückt, muss die Buchung von Zugreisen vereinfacht werden.

**Frage 7**   
**Ruanda gehört zu den wichtigsten Coltan-Exporteuren der Welt, obwohl es über keine Coltan-Vorkommen verfügt. Es beutet die Coltan-Vorkommen aus der Kriegsregion DR Kongo aus. Wie kann die EU durch ihre Gesetzgebung den Import von Mineralien aus Kriegsregionen unterbinden?**

Seit 2021 ist die EU-Konfliktminerale-Verordnung in Kraft, welche Importeur\*innen von Zinn, Tantal, Wolfram und deren Erzen sowie Gold verbindliche Sorgfaltspflichtprüfungen in der Lieferkette auferlegt. Ziel der Verordnung ist insbesondere die Verbindung zwischen dem Handel dieser Minerale und der Finanzierung von Gewalt sowie der Verletzung von Menschenrechten in Konflikt- oder Hochrisikogebieten zu durchbrechen. Leider kommt es immer wieder zu der Umgehung von dem Gesetz, indem die Produkte über Drittländer, wie Ruanda eingeführt werden. Deswegen werden wir GRÜNE uns bei der Überprüfung der Verordnung, welche für das zweite Halbjahr 2024 angesetzt ist, dafür einsetzen, dass mehr gegen die Umgehung und für die Transparenz der Lieferketten getan wird. Das europäische Lieferkettengesetz und das Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit werden auch ihre Beiträge dazu leisten, dass Menschenrechtsverletzungen in unseren Lieferketten unterbunden werden, wenn die Gesetze in der Zukunft in Kraft treten.

**Frage 8**  
**Warum werden die Kriege und Krisen, die verschiedene Regionen der Welt erschüttern (z.B. Gaza, Sahelzone, Sudan, Ukraine) von den EU-Ländern so unterschiedlich behandelt? Warum sind die europäischen Länder nicht verantwortlich für die Instabilität, die sie durch ihr (Nicht-)Handeln verursachen?**

Wir sind uns bewusst, dass unsere Handlungen direkte und indirekte Auswirkungen auf die globale Stabilität haben. Deshalb setzen wir uns entschieden dafür ein, unsere gemeinsame Außenpolitik konsequent werteorientiert zu gestalten. Dazu zählen der Schutz der Menschenrechte, die Förderung der Demokratie, der Einsatz für Umweltschutz und die Bekämpfung der Klimakrise. Dazu streben wir durch multilaterale Kooperation und die Förderung der Vereinten Nationen danach, konsistente und wirksame Lösungen für globale Herausforderungen zu finden. Angesichts der Vielzahl der Krisen in der Welt und der begrenzten Mittel kann das nicht immer einheitlich gelingen. Trotz der Herausforderung unterschiedlicher nationaler Interessen und politischer Prioritäten arbeiten wir gemeinsam daran, eine kohärente EU-Außenstrategie zu entwickeln, die diese Prinzipien in den Vordergrund stellt. Wir nehmen unsere Verantwortung ernst und wollen unsere Ressourcen so einsetzen, dass sie den größtmöglichen positiven Einfluss haben. Dazu gehört auch, immer wieder auf die Bearbeitung so genannter vergessener Krisen oder weniger beachteter Konflikte zu drängen.